

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 50. 33. Jahrg.

10. Dezbr. 1920

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Rommer, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, 111. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24, Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expeditionen

**Inhalt:**

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Erster internationaler Gewerkschaftskongress. Rundschau. — **Allgemeines:** Altmodische Gedanken in neuer Zeit. Ortsbericht: Leipzig. — **Die photomech. Fächer:** Zum neuen Chemigraphentarif. — **Der photographische Mitarbeiter:** Ein einstimmig gefaßter Schiedspruch. — **Die Tapetenbranche:** Neue Teuerungszulagen im Formstechergewerbe. — **Feuilleton:** Eingegangene Schriften. — **Anzeigen.**

**Bekanntmachungen.**

**An alle Orts- und Gauvorstände**

sandten wir unterm 29. November Rundschreiben Nr. 24, das über den Gang der Tarifverhandlungen im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe und im Lichtdruckgewerbe Aufschluß gibt und alle wichtigen Beschlüsse enthält. Ferner enthält das Rundschreiben Mitteilungen über gepflogene Lohnverhandlungen in der photographischen Kunstdruck-Industrie und im photographischen Vergrößerungsgewerbe sowie einige andere Fragen.

Unterm 1. Dezember kam Rundschreiben Nr. 25 zum Versand, das die stattgefundenen Lohnverhandlungen im Formstechergewerbe behandelt und die in Hannover vereinbarten Teuerungszulagen nennt.

Sollte eine der beiden oder beide Sendungen irgendwo nicht angekommen sein, erbitten wir sofortige Mitteilung, um die Zusendung noch einmal erfolgen zu lassen.

**Der Verbandsvorstand.**

**An die Mitgliedschaftsvorstände!**

Werte Kollegen!

Die Technische Zentrale hat mehrfaches Interesse daran, die kollegialen Drucksachen zu sammeln. Wir bitten deshalb, die anlässlich der diesjährigen Senefelder-Feier herausgegebenen Zeitungen, Eintrittskarten, Vortragsfolgen, Postkarten usw. in zwei Exemplaren an uns zu senden.

Mit kollegialem Gruß

**Die Technische Zentralkommission**  
I. A.: Ernst Herbst.

**Erster Internationaler Gewerkschaftskongress.**

In der Woche vom 22. bis 27. November 1920 tagte in London der erste Kongress des internationalen Gewerkschaftsbundes, nachdem schon im August 1919 eine Konferenz die durch den Krieg zerstörten Verbindungen wiederhergestellt hatte. Diese außerordentliche Tagung galt der Behandlung einiger besonders aktueller und dringender Fragen, wie die Tagesordnung zeigt:

1. Stellungnahme der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur internationalen Lage.
2. Sozialisierung der Produktionsmittel.
3. Verteilung der Rohstoffe für Industriezwecke.
4. Die Valutafrage.
5. Bericht der Kommission über die Lage im Ruhrgebiet.

Gleich zu Beginn des Kongresses wurde mitgeteilt, daß der im letzten Jahre gewählte Präsident des I. G. B., der Generalsekretär des englischen Gewerkschaftsbundes Appleton, von seinem Posten zurückgetreten sei. Zugleich erschien in der Presse seine Begründung, aus der hervorgeht, daß der Gegensatz zwischen seinen konservativen Ansichten und denen der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes immer größer geworden ist und daß Appleton

auch vom Parlamentarischen Komitee des englischen Gewerkschaftskongresses immer mehr desavouiert wurde. Am meisten wurden seine alten Freunde überrascht, als Gompers kürzlich in Amerika aus innerpolitischen Gründen seinen Briefwechsel mit Appleton veröffentlichte. Aus diesem geht hervor, daß Appleton vollständig nach der Pfeife Gompers tanzte und besonders entrüstet war über die revolutionäre und sozialistische Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. So fiel Appletons Rücktritt auch zeitlich zusammen mit heftigen Presseangriffen von Gompers auf den Internationalen Gewerkschaftsbund und der Erklärung, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich nicht als angeschlossen betrachten:

Dem Kongress wohnten folgende Delegationen bei:

Land	Mitgl.	Deleg.
<b>England:</b> Part. Komitee des Gewerkschaftskongresses	6500000	7
Gewerkschaftsbund	1500000	3
<b>Deutschland:</b> Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund	8500000	12
<b>Frankreich:</b> Confédération Générale du Travail	1500000	13
<b>Belgien:</b> Gewerkschaftsbund	700000	9
<b>Dänemark:</b> Gewerkschaftsb.	300000	5
<b>Norwegen:</b> Gewerkschaftsb.	150000	5
<b>Schweden:</b> Gewerkschaftsbund	281000	4
<b>Holland:</b> Netherlandsche Verbond van Vakvereenigingen	240000	8
<b>Italien:</b> Confederazione Generale del Lavoro	2300000	5
<b>Osterreich:</b> Gewerkschaftskommission	800000	3
<b>Tscheschoslowakei:</b> Gewerkschaftskommission	750000	5
<b>Ungarn:</b> Gewerkschaftsrat	215000	2
<b>Schweiz:</b> Gewerkschaftsbund	225000	1
<b>Luxemburg:</b> Gewerkschaftskommission	27000	2
<b>Spanien:</b> Gewerkschaftsbund	250000	2
<b>Polen:</b> Zentralkommission der Gewerkschaften	334000	3
Poln. Gewerkschaftsbund	774000	6
<b>Canada:</b> Gewerkschaftskongr.	260000	1

Als Gäste nehmen an den Verhandlungen teil Vertreter der deutschen Gewerkschaften in der Tscheschoslowakei, Albert Thomas als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, sowie die Internationalen Berufssekretäre der Post- und Telegraphenangestellten, Textilarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter, Holzarbeiter, Angestellten, Bekleidungsarbeiter, Landarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Hotelangestellten, Metallarbeiter, Diamantarbeiter, Lithographen, Maler, Schuhmacher, Fabrikarbeiter und Bauarbeiter. Einige der angeschlossenen Länder, wie Argentinien, Jugoslawien, Peru usw. hatten aus finanziellen Gründen davon absehen müssen, Vertreter zu entsenden.

Jouhaux (Frankreich), der Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, eröffnete den Kongress mit einem warmen Appell für internationale Verständigung und für den Sozialismus. In herkömmlicher Weise wurde dann der Vorsitz des Kongresses der englischen Delegation abgetreten, die den bekannten Abgeordneten und Führer der Eisenbahner J. H. Thomas vorschlug, der in einer längeren Ansprache die Ziele der internationalen Arbeiter-

bewegung, Beseitigung des Militarismus und des kapitalistischen Systems betonte und zugleich energisch die Angriffe der Moskauer Internationale zurückwies.

Auf eine Anfrage wegen des Ausscheidens der Amerikaner teilte Fimmen mit, daß die Beziehungen zu der Organisation Gompers seit dem letzten Kongress die denkbar schlechtesten gewesen seien, auf über 50 Briefe, zum Teil äußerst wichtigen Inhalts, seien nur in vier Fällen nichtssagende Antworten eingelaufen. Die Absicht Gompers, diesen Kongress nicht zu besuchen, kenne man nur aus der Tagespresse, welche die Angriffe Gompers auf den Internationalen Gewerkschaftsbund verbreitete.

Die Sitzung am zweiten Tage war dem Berichte des Sekretärs Fimmen über die internationale Lage gewidmet. Fimmen zeigte an der Hand von Beispielen aus allen Ländern, wie die bürgerlichen Klassen, die für eine sehr kurze Zeit nach dem Kriege überall zu großen Konzessionen an die Arbeiterschaft bereit schienen, jetzt wieder die ärgste Reaktion auf den Schild erheben. Das schlimmste Beispiel ist wohl Ungarn, wo seit 15 Monaten ein beispiellos weißer Terror herrscht, wo die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation ohne Prozeß zu Verhaftung, Marierung und Tod führt. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat versucht, die ungarischen Verhältnisse durch einen allgemeinen Boykott zu bessern, der zugleich auf die Entente-Regierungen einwirken sollte, weil diese die ungarische Gewaltherrschaft durch ihr Stillschweigen gutheißen. Leider war der Erfolg dieses ersten Versuches nicht ausreichend, denn es wird in Ungarn weiter geschändet und gemordet. In Finnland, wo die Bourgeoisie für die Erhebung der Arbeiter blutige Rache genommen hat, sind die Verhältnisse nicht viel besser. Es handelt sich hier um Länder, in denen das Proletariat seine eigene Kraft überschätzte und dadurch den Rückschlägen durch die bürgerliche Klasse nicht gewachsen war!

Auch in Spanien ist die Arbeiterklasse in verzweifelter Lage. Die bürgerlichen Freiheiten sind aufgehoben und die Arbeiter sitzen zu Hunderten im Kerker. In Griechenland und Jugoslawien sieht es ähnlich aus. Auch dort ist die Ausrottung der Arbeiterbewegung das Ziel der Reaktion.

Nur in denjenigen westlichen Ländern, wo die Organisation der Arbeiter stärker ist, kann man von etwas besseren Verhältnissen sprechen. Aber sogar in Frankreich ging die Regierung nach dem letzten Streik der Eisenbahner gegen die Beteiligten in der allerrücksichtslosesten Weise vor. Zurzeit stehen Jouhaux und seine Kollegen im Bundesvorstand der französischen Gewerkschaften unter Anklage, weil sie eine Organisation von Staatsbeamten in den Gewerkschaftsbund aufgenommen haben. Die englische Regierung ließ sich kürzlich wenigstens theoretisch die Macht geben, bei Streiks die Führer zu verhaften und andere jeden Streik unmöglich machende Maßregeln zu ergreifen. In Amerika stand die Regierung bei den großen Kämpfen der Eisenbahner und Metallarbeiter ähnlich auf der Seite der Unternehmer. Es ist dort sogar wiederholt vorgekommen, daß die Parlamentsmehrheit rechtmäßig gewählte

Abgeordnete, die als Arbeitervertreter aufgestellt waren, einfach zur Mitarbeit nicht zugelassen und ihnen ihre Mandate aberkannt hat. Das alles zeigt, wie rücksichtslos der Kapitalismus seine Vorrechte verteidigt. Ein Musterbeispiel dafür ist der Achtstundentag. Im vorigen Jahre wurde in Washington der Anfang gemacht mit einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Man nahm auch eine Konvention über den Achtstundentag, aber auch sie ist bis heute von den Regierungen nicht in die Tat umgesetzt, nicht ratifiziert worden, so daß der Direktor des Internationalen Amtes gezwungen ist, eine Rundreise durch Europa zu machen, um die Regierungen an die Durchführung jener Abmachungen zu erinnern. Nicht einmal in den Ländern ist bisher die Ratifizierung erfolgt, in denen die Arbeiter den Achtstundentag auf dem Wege der gewerkschaftlichen Aktion schon durchgeführt haben. Dagegen mehren sich die Versuche der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern. Daraus geht hervor, daß die Konventionen in Washington größtenteils infolge der damaligen Furcht der herrschenden Kreise vor der Arbeiterklasse zustande kamen. Diese Furcht hat inzwischen einer allgemeinen Reaktion Platz gemacht. Vielfach sogar organisiert man jetzt halbamtliche Streikbrecherorganisationen mit Hilfe der Studenten und ehemaligen Offiziere.

Wie muß unsere Haltung unter diesen Umständen sein? Es ist erfreulich, daß die Arbeiter sich nach dem Kriege so rasch wiedergefunden haben. Im März 1919, vier Monate nach dem Waffenstillstand, traten die Transportarbeiter schon wieder zu einer internationalen Konferenz zusammen um zu erklären, daß unter den Arbeitern aller Länder eine Kluft nicht besteht, daß sie gemeinsam für Freiheit und Sozialismus arbeiten wollen. Seither hat eine Reihe von internationalen Berufskonferenzen stattgefunden, im August 1919 auch die erste allgemeine Konferenz der Gewerkschaften aller Länder, die unseren Internationalen Gewerkschaftsbund stärker denn je wieder aufgebaut hat. Schon damals hat die gewerkschaftliche Internationale ihren Protest gegen die Blockade Rußlands eingelegt und sich für die Sozialisierung aller Produktionsmittel ausgesprochen.

Die Entwicklung bedingt eine erhebliche Erweiterung unserer Aufgaben. Wir können uns nicht mehr auf die Fragen der Löhne, Arbeitszeit und Arbeiterschutz beschränken. Früher war alles andere den politischen Parteien überlassen. In allen Ländern hat die Erfahrung während des Krieges gezeigt, daß alles, was die Lage der Arbeiter zu beeinflussen vermöchte, in den Bereich der gewerkschaftlichen Tätigkeit gezogen werden muß. Diese in Amsterdam im letzten Jahre angenommenen Grundsätze haben wir bald zu verwirklichen versucht, wie der Boykott gegen Ungarn, die Aktion gegen jede Waffendurchfuhr nach Polen oder Rußland zeigen. In Dänemark haben die Gewerkschaften zu Beginn des Jahres durch die Androhung eines Generalstreiks die Verfassung des Landes gerettet. Auch die deutschen Gewerkschaften retteten ihre Republik durch den Generalstreik im März. Diese durchaus politische Tätigkeit der Gewerkschaften zeigt das Anwachsen neuer Tendenzen in der Arbeiterbewegung aller Länder, die wir fördern, vereinigen müssen in unserem Kampfe gegen die Reaktion und für eine neue Gesellschaftsform. Sehen wir doch immer mehr, wie wenig Wert alle unsere Errungenschaften haben, solange die kapitalistische Klasse die Möglichkeit behält, neue Kriege zu entfesseln und alles bis dahin Erreichte wieder zu vernichten. Daher ist die erste und wichtigste Aufgabe die Bekämpfung des Militarismus. Bei allem jedoch sollten wir die eigene Kraft nicht überschätzen, die Kräfte der Gegner nicht unterschätzen und bedenken, daß unsere 24 Millionen Mitglieder erst noch erzogen werden müssen, bereitwillig alle die Opfer zu bringen, die vielleicht noch nötig sein werden. Der wahre Geist internationaler Solidarität besteht noch überall, wie das Fernbleiben der Amerikaner

und der Russen von diesem Kongresse zeigt. Ihre Mitarbeit würde unsere Internationale unendlich viel stärker machen. Mit Rußland haben wir seit Kriegsende Verbindungen an zuknüpfen versucht, aber alle unsere Briefe und Telegramme sind ohne Antwort geblieben. Nur durch die Presse erfahren wir die unsinnigen Behauptungen und Angriffe der Russen gegen uns. Danach sind wir an das Kapital verkauft, geiß, Sozialpatrioten u. dgl. Dabei ist unsere Organisation die einzige, welche auch den russischen Arbeitern praktische Solidarität bewiesen hat. Keine bolschewistische Organisation hat das bisher getan. Wir »Gelben« und »Sozialpatrioten« haben sicher dazu beigetragen, Rußland zu einem Frieden mit Polen zu verhelfen. Das Fernbleiben der Gewerkschaften im fernen Westen und Osten ist um so bedauerlicher, als es nur der Unkenntnis der Dinge entspringt.

Gewiß muß der Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit fortgesetzt werden, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß dies nicht die Hauptsache ist. Vielmehr muß die Energie der Arbeiter, statt in Teilaktionen zersplittert zu bleiben, immer mehr für die großen Kämpfe gesammelt werden. Dazu sollten besonders die internationalen Berufssekretariate beitragen. (Starker Beifall).

Fimmen unterbreitete dann drei Anträge, betreffend 1. die internationale Lage, 2. den Achtstundentag und 3. den Pazifismus.

## Rundschau.

**August Bringmann** †. Wieder ist einer der alten Gewerkschaftskämpfer dahingeshieden. Im 60. Lebensjahr starb am 28. November nach kurzer Krankheit August Bringmann, seit 1893 Redakteur des »Zimmerers«. In ihm verliert die Zimmererbewegung einen ihrer ersten Vorkämpfer. Schon bevor er 1891 als Hilfsarbeiter nach Hamburg in das Zentralfureau des Zimmererverbandes kam, hat er in seiner engeren Heimat, in Quedlinburg, Calbe-Aschersleben, Magdeburg für die Zimmerer gewirkt, wie er auch seit 1884 der Parteibewegung angehörte. Von 1896 bis 1902 war er auch Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Über alles, bis an die Grenze des Einseitigen, ging ihm das Wohl seiner engeren Berufsgenossen, seines Zimmererverbandes. Wenn die Zimmerer sich heute ihres großen und starken Verbandes freuen können, so verdanken sie dies zum nicht geringen Teile ihres August Bringmanns Lebensarbeit. Seiner Feder entstammen wichtige, für die Zimmererbewegung grundlegende Werke. Darunter die 1903 erschienene Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, die als ein erster wichtiger Beitrag zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung überhaupt anzusprechen ist. Eine andere seiner Schriften, die »Praktischen Winke« sind manchem Handbuch für gewerkschaftliche Mitarbeit vorbildlich gewesen. Jetzt hat der Tod der rastlosen Arbeit Bringmanns ein Ziel gesetzt. Dank seiner Vorarbeit wird die Zimmererbewegung ihren Weg in den großen Zusammenstrom aller Bauarbeiter finden. Der verstorbene Kämpfer verdient, daß die Zimmerer, die Bauarbeiter wie die Gewerkschaften überhaupt, ihm ein ehrendes Andenken bewahren und seiner vorbildlichen Art nachzueifern.

**Der Ruf nach dem Industrieverband.** In einer vom graphischen Kartell München einberufenen gutbesuchten Versammlung wurde nach einem Referat unseres Kollegen Dürr über: Der Zusammenschluß im graphischen Gewerbe und anschließender lebhafter Aussprache, nachstehende Entschlüsse angenommen:

»Die Versammlung erkennt die Schaffung des Industrieverbandes als notwendig an. Sie unterstreicht die auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg gefaßten Beschlüsse und Richtlinien. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiete ist unentbehrlich. Der von den graphischen Verbandsvorständen herbeigeführte Zusammenschluß im Graphischen Bund kann daher nur als erste Maßnahme Billigung finden. Von den örtlichen Kartellen wird jedoch erwartet, daß sie alles tun, um den Zusammenschluß der vier Verbände zu einem Industrieverbande zu finden. Die Münchener graphischen Arbeiter protestieren gegen die Verzögerung, die bei dem Zusammenschluß zum Industrieverband zutage tritt und beauftragen die vier Hauptvorstände, schleunigst die nötigen Schritte zur Herbeiführung des Graphischen Industrieverbandes zu unternehmen.«

**Beratungen des Arbeitsrechtsausschusses**  
Der im Reichsarbeitsministerium eingesetzte Ausschuß zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts hat in den Beratungen, die kürzlich stattgefunden einige wichtige Entscheidungen gefaßt. Der Aufbau und die äußere Gliederung des Arbeitsgesetzbuchs wurde eingehend erörtert. Es wurde ferner beraten, wie die Behördenorganisation auf dem Gebiet des Arbeitsrechts einheitlicher als bisher gestaltet und zugleich vereinfacht werden kann. Man war der Meinung, daß in möglichst weitem Umfang der Selbstverwaltung Raum zu lassen sei; soweit aber Behörden unentbehrlich sind, sollen sie tunlichst zu einheitlichen Ämtern zusammengefaßt werden, um Kosten zu ersparen, und um es den Beteiligten zu erleichtern, ihre Anliegen bei der richtigen Stellen anzubringen, was jetzt vielfach mühsam und zeitraubend ist.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Altmodische Gedanken in neuer Zeit.

»Es ist alles schon einmal dagewesen« sagt ein altes Sprichwort. Und doch, kosten wir dieses Vergangene und Dagewesene noch einmal richtig aus, bringen es in neue Formen, so finden wir einen fast unversiegbaren Quell wertvoller Anregungen.

Kürzlich las ich in einem Geschichtswerke einiges über die große französische Revolution. Der Abschnitt endete mit den folgenden nüchternen Sätzen: »Aus der Republik erwuchs die Militärdiktatur Napoleon Bonaparte wurde Kaiser der Franzosen. Stehen wir da nicht mit einem Sprung in unserer Zeit? Zieht nicht der Geist Parallelen?

Und was tun wir? Ich blicke um mich, höre Stimmen, doch nichts von Einigkeit. Man streift durcheinander, beschimpft sich, droht. Zu einem Ziele zu kommen, scheint ganz unmöglich zu sein. Also geht man auseinander.

Der Erfolg: Bei der letzten stattgefundenen Landtagswahl im ehemaligen roten Königreich erhielten die sozialistischen Parteien 267 000 Stimmen weniger gegenüber der Reichstagswahl vor 5 Monaten.

Warum ich das alles erzähle?  
Ganz offen! Ich möchte warnen vor Übertragung derartiger Experimente auf die Gewerkschaften. So kommen wir unmöglich zum Ziele. Wir müssen uns von der Phrase abwenden und an ihrer Stelle nüchterne Arbeit leisten. Die Massen sehen sich nach Ruhe, allenhalben tritt Müdigkeit ein. Auch in unseren Gewerkschaften. Und das müssen wir zu verhindern suchen. Allen Ernstes müssen wir daran gehen, die Kollegen fest zusammen zu halten und sie zu stärken und mit neuem Rüstzeug zu versehen. Dies wird nicht leicht sein, manche Stunde ist ungenützt verstrichen. Mußte doch unlängst eine Chemigraphenversammlung in Leipzig ausfallen wegen — mangelnder Beteiligung.

Aber wie bekommen wir nun diese Kollegen wieder in die Versammlungen, wie erwecken wir bei ihnen erneut Interesse für ihre Gewerkschaft?

Die breite, feste Grundlage hierzu muß unser vielseitiger Beruf abgeben. Neben mir hat auch eine Reihe anderer Kollegen bedauert, daß man in unseren Versammlungen kein Wort mehr darüber hört. Gerade heute, wo ein Teil der Fachzeitschriften eingegangen ist, andere unerschwinglich hoch im Preise sind, könnte ein Referat eines fachlich gut durchgebildeten Kollegen eine wahre Fundgrube sein. Aussprache und Fragebeantwortung könnte folgen. Auf Neuerungen wäre hinzuweisen. Welche Resultate z. B. hat man mit dem Uvachrom-Verfahren erzielt? Ich möchte behaupten, ein Teil der Chemigraphen kennt dieses Verfahren kaum dem Namen nach.

Doch ich sehe manchen Leser lächeln. Es ist ganz gewiß, auch auf diese Weise bringen wir beim ersten Versuch nicht alle Kollegen auf die Beine. Aber sie werden es noch alle begreifen lernen müssen, wie notwendig fachliche Durchbildung ist. Ich wäre wirklich neugierig, zu erfahren, wie sich mancher die Sozialisierung vorstellt. Vom Arbeitsertrag hängt der Erfolg ab und vermögen wir nicht die Produktion zu steigern, so fliegen unsere schönsten Pläne in die Luft. Jeder einzelne muß das Bewußtsein in sich haben, seine volle Arbeitskraft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen. Das aber erreichen wir nicht von heute auf morgen. Sorgfältige, planmäßige Erziehungsarbeit gehört dazu. Meine Anregungen sollen hierbei helfen.

Natürlich müssen wir für eine gewisse Abwechslung Sorge tragen. Vorträge über Kunst, Literatur oder Technik finden immer dankbare Zuhörer und legen manches Samenkördchen zur Weiterbildung, Empfehlenswert dürfte es sein, hierzu die Kollegen aller Sektionen am Orte einzuladen.

Zum Schluß einiges zu den wirtschaftlichen Fragen. Das soll keine Zurücksetzung sein. Ich bin mir vollständig klar darüber, sie sind heute die schwerwiegendsten und der Streit der Geister entfacht von neuem. Für oder gegen den Tarif ist die Losung. Gute Kenner haben diese Kardinalfrage von allen Seiten beleuchtet. Also kurz: Ich

halte es für kluge Taktik in der gegenwärtigen Wirtschaftslage, die Tarife als Position zu halten.

Sprechen wir nun in unseren Versammlungen, so möchte ich an ein Wort Voltaire erinnern: «Das Geheimnis, zu langweilen, besteht darin, alles zu sagen». Anders: Den Kern herauszählen, alles Beiwerk fortlassen, so daß auch die weniger geschulten die Gedanken sofort erfassen. Man spricht eine Stunde lang und hat doch nichts gesagt. Eine gesunde Kritik dagegen, sachlich gehalten, wirkt wahrhaft erfrischend. Sie spornt den Geist an, zu denken. Weiter vermeide man persönliche Spitzen, ein großer Teil der Zuhörer wird sie immer abstoßend empfinden. Und wir sollen doch zusammenhalten! Aufklären und freudige Mitarbeiter erziehen zum Wohle der Gesamtheit!

Und nun an die Arbeit. R. Dickerhof, Leipzig.

**Ortsberichte.**

**Leipzig** In einer leider nur schwach besuchten allgemeinen Versammlung sprach am 24. November 1920 in sachlich-wissenschaftlicher Weise Genosse Herre über die historische Entwicklung des Sozialismus. Mit Bedauern müsse festgestellt werden, daß ein Teil der Arbeiter geglaubt habe, daß nach den Vorgängen von 1918 der Sozialismus über Nacht Wirklichkeit werden würde. Dieser zerstörten Hoffnung sei nun vielfach eine Mutlosigkeit gefolgt, die gar nicht angebracht wäre und energisch bekämpft werden müsse. Der Egoismus, der lediglich durch Einführung des Privateigentums aufgekommen sei, müsse beseitigt und dafür wieder der Kommunismus in seine Rechte eingesetzt werden. Die bürgerliche Behauptung im alten Griechenland sei die Demokratie an der Demokratie zusammenzubrechen, treffe nicht zu, da es dort eine allgemeine Freiheit nicht gab. Alle produktive Arbeit wurde nur von Sklaven geleistet und nur die übrigen waren frei. Der Zusammenbruch hätte also ökonomische Ursachen gehabt.

Die älteste Form der Gesellschaft sei die «Gemeinschaft», aus der sich die Stämme entwickelten, wobei jedoch der Grund und Boden als Eigentum der Gesamtheit verblieb. Alle wirtschaftlichen Angelegenheiten erledigte die Gemeinversammlung, die auch die Funktionen, den Führer oder «Führer» gewählt habe. Mit Monarchie, der Einheerrschaft, habe dies jedoch nichts zu tun, da es damals nichts zu herrschen gab. Auch die Rechtsprechung wurde entgegen der heutigen Klassenjustiz, vom ganzen Volke ausgeübt. Viel später setzte sich die Herrschaft der Aristokratie durch, wozu sich die Bürokratie gesellte, die in Gemeinschaft mit Polizei und Heer die Besitzlosen niederhielt, was sich auch in der Folgezeit unter dem Kapitalismus nicht änderte. Aber auch diese Feste werde überwunden werden. Jahrtausende hatte der Kommunismus bestanden. Durch Selbstschulung müssen wir zu einer höheren Form der Wirtschaft kommen und diese sei der Sozialismus.

Im zweiten Teil wurde die Abrechnung vom I. bis III. Quartal bekanntgegeben. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 2968. Für die arbeitslosen Kollegen wurden nach längerer Aussprache als Weihnachtsgabe 8-10000 Mk. aus der Lokalkasse zur Verfügung gestellt. Hierbei wurde der Antrag eingebracht, diesen Betrag durch freiwillige Listensammlung noch zu erhöhen, was leider nicht angenommen wurde. Immerhin ergab die Aussprache, daß die Kollegen bereit sind, sowohl den Lokal- als auch den Verbandsbeitrag entsprechend zu erhöhen, wenn die Notwendigkeit dazu eintritt.

Mit der Aufforderung, das nächste Mal zahlreicher zur Stelle zu sein, fand die Versammlung ihr Ende.

**Die photomech. Fächer.**

**Zum neuen Chemigraphentarif.**

**Wie haben wir uns zu entscheiden?**

In diesen Tagen werden die Chemigraphen Deutschlands über die in den Verhandlungen des Tarifausschusses vom 23. bis 25. November beschlossene neue Fassung des Tarifes abzustimmen haben. Leicht wird diese Entscheidung keinem um das Wohl der Allgemeinheit besorgten Kollegen fallen. Zeigt doch das uns zur Urabstimmung vorgelegte Verhandlungsprodukt so verschiedenartige Merkmale, daß es für manchen nicht ganz einfach sein wird, eine nach einer bestimmten Seite ausschlagende Tendenz an ihm zu erkennen. Die meisten Neuregelungen werden der Gehilfenschaft weder besonders gefährlich, noch kann man sich besonders über sie freuen. Alles in allem ein edles Kind unserer Zeit, ungefähr mit dem Kennwort zu versehen: Der gehemhte Fortschritt.

Man darf den uns vorgelegten neuen Tarif - wie überhaupt jeden Tarif - nicht lediglich nach seinen augenblicklichen materiellen Bestimmungen beurteilen. Wer den Tarifausschluß nur daraufhin prüft, ob eine Lohnerhöhung erreicht wurde oder nicht, der verliert die Übersicht über Dinge, die früher oder später die Lebenslage des Einzelnen, und dazu gehört auch der Lohn, entscheidend beeinflussen können. Es ist mir durchaus nicht gleichgültig, in welcher Höhe sich mein Lohn bewegt;

wichtiger aber ist die Gewißheit, daß mein Lohn nicht wesentlich sinken kann. Und darum hat für mich die Höhe der neuen Teuerungszulage von 20 bzw. 25 Mark nur geringe Bedeutung. Wir wissen, daß Zulagen, wie sie von einzelnen kapitalkräftigen und mit Aufträgen gut versehenen Anstalten geleistet werden können, nicht von einer Zentralstelle aus den weniger gut fundierten Firmen vorgeschrieben werden können. Man wird sich deshalb bei zentralen Tarifverhandlungen auf eine Summe einigen müssen, die möglichst von jedem Arbeitgeber gezahlt werden kann. Daß dabei die Vertreter der Gehilfenschaft die denkbar größten Anstrengungen machen, um ein annehmbares Resultat zu erzielen, ist eine glatte Selbstverständlichkeit. De-halb erkennen wir die in diesem Punkte geleistete Arbeit unserer Vertreter voll und gern an, auch wenn wir bedauern, daß nicht mehr erreicht worden ist.

Auch die Umwandlung der bisherigen Teuerungszulagen in festen Lohn ist eine Angelegenheit, die nicht überraschen kann. Letzten Endes ist es uns auch ziemlich gleichgültig, welche Bezeichnungen man für unser Einkommen wählt. Wenn nur das Einkommen selbst sich nicht zu unsern Ungunsten verändert. Das tritt jedoch ein, wenn wir gezwungen sind, verkürzt zu arbeiten. Da nun aber bei Kurzarbeit 20 Prozent des ausfallenden Lohnes dem anteilig berechneten Lohne hinzugezahlt werden, so ist die Lohnleinbuße gegenüber dem jetzigen Zustande nur geringfügig und ill teile darum auch nicht die Befürchtungen der Kollegen, welche der Ansicht sind, die Unternehmer könnten durch diese Ersparnisse an der häufigeren Anwendung der Kurzarbeit Ge-Allen finden.

Bedenklicher erscheint mir die Bestimmung, daß die erwähnten 20 Prozent nur bis zum 31. März 1921 gezahlt werden sollen, von da an bis zum 30. Juni ermäßigen sie sich auf 15 Prozent, um nach dem 30. Juni ganz zu verschwinden. Die Befürworter dieses Gedankens, der von den Buchdruckern übernommen wurde, scheinen anzunehmen, daß entweder nach dem 30. Juni gute Konjunktur im Gewerbe sein wird, oder daß die Kurzarbeit nach diesem Termin mit der Hälfte ihres Lohnes existieren können, also keiner Erleichterung ihrer Lebenslage mehr bedürfen. Hoffen wir, daß dieser unverwundliche Optimismus nicht in die Binsen geht.

Die Anträge der Unternehmer, welche die Zulassung von Akkordarbeit, Einführung des Stundenlohnes, der achtstündigen Kürdigungsfrist, Reduzierung des Überstundenzuschlages bezwedten, waren nur Verhandlungsbäll und deshalb von vornherein dazu bestimmt, über Bord geworfen zu werden. Daß dieses auch geschah, war kein Erfolg und wird als solcher auch von den Gehilfenvertretern nicht angesehen werden können. In der Ferienfrage bleibt alles beim alten. Nur in der Lehrlingsfrage ist ein Achtungserfolg erzielt worden, der durchaus nicht unterschätzt werden soll, der aber nur möglich war, weil selbst in Prinzipalskreisen die Einsticht Raum gewann, daß ein dauerndes Überangebot von Arbeitskräften nicht unbedingt profitfördernd sein muß.

Die bisher besprochenen Bestimmungen bieten, wie eingangs erwähnt, keinen Anlaß zu besonderer Genugtuung seitens der Gehilfen. Andererseits haben sie für den Bestand des Tarifgebäudes keine größere Bedeutung, als wenn in einer wohlricht eringerichteten Behausung die Möbel umgestellt werden. Die Wohnungsinhaber werden sich an die Veränderungen über kurz oder lang gewöhnen, wenn das Haus im ganzen unversehrt ist. Regnets aber durch das Dach hinein, so wird die besteingerichtete Wohnung ungemütlich und man flüchtet schleunigst aus derselben. In dieser letzteren Lage befindet sich unsere Tarifgemeinschaft durch die eigenartige Umbildung des Organisationszwanges und durch die Beseitigung des Mitbestimmungsrechts der Gehilfen bei der Preisbildung. Der Organisationszwang ist beibehalten worden, jedoch kann die Gehilfenschaft nicht mehr verpflichtet werden, die Arbeitgeberorganisation in ihrem Kampfe gegen Außenseiter und Tarifsünder zu unterstützen. Famos, nicht wahr? Jetzt braucht kein Gehilfe mehr zu befürchten, die Eigenbrötelei und den Egoismus seines Arbeitgebers durch Arbeitsniederlegung bekämpfen zu müssen und die Herren Außenseiter sind eine schwere Sorge los.

Aber nicht nur von einer Verpflichtung sind die Gehilfen befreit worden. Die Unternehmer machen sich anheißig, selbst für die Durchführung der Preisbestimmungen sorgen zu wollen. Sie empfinden die Mitwirkung der Gehilfen bei der Festsetzung und Durchführung der Preise als lästig. Solange die Gehilfen an der Preisbildung mitwirkten, konnte das gegenseitige Untertreiben und Schleudern nicht verhindert werden. Jetzt vertrauen sich die Unternehmer zu, selbst mit diesem Übelstande aufzukommen. Sollten sie wirklich dazu imstande sein, so folgt daraus, daß sie während der Mitwirkung der Gehilfen gar nicht den festen Willen hatten, energisch durchzugreifen. Denn sonst hätten wir längst eine wesentliche Besserung der Verhältnisse auf diesem Gebiete erreicht. Jetzt bewirkt lediglich die Angst, die Gehilfen könnten einen zu tiefen Einblick in die verschiedenen Geschäftsgefahren nehmen, daß die Unternehmer eine bisher ungeahnte Talkraft in sich fühlen.

Nach allen bisherigen Erfahrungen können wir jedoch an einen Erfolg dieser Energie nicht glauben. Bisher wurde in allen Tonarten die Mitarbeit des Arbeiters gefordert, jetzt scheut sich eine Unternehmergruppe nicht, offen auszusprechen, daß sie die Mitarbeit der Gehilfen als lästig empfindet. Von Unternehmern mit 17jähriger tariflicher Schulung hätte man eine weitherzigere Auffassung dieser Frage erwarten müssen. Oder wird der ganze Tarif als lästiger Zwang empfunden? Dann sind all die schönen Worte vom gemeinsamen Berufsinteresse, vom sozialen Verständnis usw. leere Deklamationen gewesen, die nicht bestimmt waren, in die Tat umgesetzt zu werden. Die Ausschaltung der Gehilfenschaft von der Mitarbeit an der Preisbildung deutet darauf hin, daß es auf eine Lockerung der tariflichen Bindungen abgesehen ist. Setzt unter dem neuen Tarif die uneingeschränkte und unkontrollierte Konkurrenz ein, so werden sich die wesentlichsten Tarifpositionen, und darunter auch die Lohnfestsetzungen nicht aufrecht erhalten lassen und nach und nach abbröckeln. Das Dach ist also undicht. Wird es nicht schnellstens repariert, dann müssen wir die Bude räumen. Für uns ist eine Tarifgemeinschaft ohne erweitertes Mitbestimmungsrecht einfach nicht denkbar. Deshalb empfinden wir einen Rückschritt auf diesem Gebiete als eine Durchlöcherung des Tarifes, an der wir uns durch Annahme dieses Abschlusses nicht mitschuldig machen wollen. Wir fordern deshalb vernünftige Ausgestaltung des Preistarifs und erhöhte Mitwirkung bei der Festsetzung und Kontrolle der Preise. Nur in der Erfüllung dieser Forderung sehen wir eine Gewähr für eine Gesundung unseres Berufes und für eine Besserung unserer Lebenslage.

Darum, Kollegen, die Augen auf! Gefahr ist im Anzuge! Unterstützt diese Forderung durch einmütige Ablehnung des Tarifes! F. K.

**Photogr. Mitarbeiter.**

**Ein einstimmig gefaßter Schiedsspruch.**

Am 16. Oktober reichten die Hamburger Photographen durch ihre Organisationsleitung den Unternehmern eine Forderung ein auf Erhöhung der derzeitigen Löhne um 40 Proz. Die Forderung mag im ersten Augenblick hoch erscheinen, wenn man aber die gezahlten Löhne betrachtet, 90 bis 150 Mk. für Gehilfen und 60,75 bis 96,75 Mk. für Hilfskräfte, so erkennt man auf den ersten Blick, daß der Lohn der Photographen selbst bei einer 40prozentigen Erhöhung noch ein recht bescheidenes ist und mit im entferntesten das Existenzminimum erreicht. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß Gehilfen in Vertrauensstellungen, technische Leiter usw. bisher 200 Mk. bezogen haben. Durch die obige Forderung wären die Löhne für verheiratete Gehilfen auf ganze 210 Mk. pro Woche gestiegen. Nenne uns jemand eine Berufsgruppe oder eine ungelernete Arbeiterkategorie, die derart bescheiden in ihren Forderungen sind, nirgends wird man solche Arbeiter aufreiben können.

Aber den Hamburger selbständigen Photographen gingen diese Forderungen der Gehilfen zu weit. Sie boten uns eine Erhöhung des Lohnes für Verheiratete von 30 Mk. auf 180 Mk. pro Woche und für Ledige von 10 bis 15 Mk. Diese Zulage sollte aber nicht für die Gehilfen gelten, die bisher schon über den 90 bis 150 Mk. betragenden Mindestlohn verdienten. Das ganze Entgegenkommen hatte unter diesen Umständen die Wirkung des Strohhalmes, den man den Ertrinkenden reicht.

Die Gehilfen machten deshalb nochmals den Versuch, auf einer annehmbaren Grundlage zu einer Verständigung zu kommen, sie machten den Unternehmern einen Vermittlungsvorschlag wie folgt:

Für Gehilfen je nach Alter 115 bis 180 Mk. für Ledige und 200 Mk. für Verheiratete. Hilfskräfte 68 bis 107,50 Mk. für Ledige und 118 Mk. für Verheiratete. Gehilfen in Vertrauensstellungen usw. 250 Mk. für Ledige und 280 Mk. für Verheiratete.

Die dringenden Vorstellungen der Gehilfen, doch das Notwendigste zum Leben zu bewilligen durch Annahme dieses Vermittlungsvorschlages, fruchteten nichts, die Herren Unternehmer lehnten glatt ab. Selbst die von uns gewünschte gegenseitige Aussprache der beiderseitigen Lohnkommissionen wurde von den Unternehmern abgelehnt.

Wir wandten uns deshalb an den Schlichtungsausschuß, der sich am 1. Dezember mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Der amtierende Amtsrichter konnte nicht umhin, sein Erstaunen über die bisher gezahlten niederen Löhne zum Ausdruck zu bringen. Es bedurfte auch keiner eingehenden Begründung von Gehilfenseite, die Notwendigkeit höherer Entlohnung wurde allseitig anerkannt und konnte auch von den anwesenden Unternehmern nicht bestritten werden.

Der Schlichtungsausschuß fällt dann auch nach kurzer Beratung einen einstimmigen Schiedsspruch analog unserer ursprünglichen Forderung. Danach sind allen Gehilfen und Hilfskräften 40 Prozent Lohnerhöhung auf die jetzt bestehenden Löhne ab 1. November 1920 zu zahlen. Die Herren Unternehmer haben sich bis zum 9. Dezember zu entscheiden, ob sie den Schiedsspruch anerkennen

